

Wortbeitrag des Fraktionsvorsitzenden Burkhard Paetzold für die *Fraktion Grüne/B90-Pro Zukunft* auf der Sitzung des Kreistages Märkisch-Oderland am 25.3.2009 in Seelow anlässlich der Debatte um den Kreishaushalt

Sehr geehrte Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Landrat, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Gäste,

unsere Fraktion wird dem vorgelegten Haushaltplanentwurf zustimmen, wengleich wir nicht nur das große Defizit zwischen Einnahmen und Ausgaben, sondern vor allem auch Defizite hinsichtlich der Aufstellung des Haushaltsplanes als sehr bedenklich ansehen.

Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen und hier heute drei Dinge ansprechen:

1. Wir dürfen die Tatsache, dass unser Finanzdefizit struktureller Natur ist, nicht zum Vorwand nehmen, um Kommunen und Kreis gegeneinander auszuspielen, oder Streit auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger auszutragen
2. Wir müssen Transparenz und Beteiligungskultur bei der Haushaltsplanerarbeitung mit dem langfristigen Ziel eines Bürgerhaushalts zum Maßstab machen
3. Wir müssen bei Investitionen vor allem auf Nachhaltigkeit achten

1. Bei uns selbst anfangen

Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass wir in unserem Kreishaushalt ein strukturelles Defizit haben, welches wir nicht grundsätzlich abbauen können, solange es keine grundlegenden Änderungen bei der Kosten- und Aufgabenverteilung im Sozialbereich gibt.

Die Ursachen für dieses strukturelle Defizit liegen eindeutig nicht auf der kommunalen sondern auf der Bundes- bzw. Landesebene.

Die kommunale Ebene ist aber die Ebene, die den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten ist und wo kommunale Selbstverwaltung ganz unmittelbar organisiert wird. Das heißt, der kommunale Finanzausgleich in der Bundesrepublik muss radikal verändert werden. Es ist für unsere Fraktion deshalb selbstverständlich, dass wir die Lobbyarbeit oder etwaige verfassungsrechtliche Schritte, die der Landrat gemeinsam mit anderen Kreisen unternimmt, weiterhin unterstützen.

Aber auch da, wo das Gesagte *absolut richtig* ist, hilft unser Jammern und Klagen und das Schreiben von Petitionen allein uns nicht, denn gebraucht werden unsere Ideen vor Ort und eine demokratische Beteiligungskultur, die die Teilhabe vieler Interessengruppen im Landkreis ermöglicht, *denn von Oben nach Unten wächst nichts, wohl aber von Unten nach Oben.*

Das heißt, wir müssen bei uns selbst anfangen!

Und es wäre fatal, wenn wir uns angesichts der - *auf unserer Ebene scheinbar nicht veränderbaren* - Misere auf eine pure Verwaltung der Schulden und auf eine Mentalität des "*Spare mit jedem Pfennig - koste es was es wolle*" zurückziehen würden. Viele freiwillige Aufgaben, dürfen schon deshalb nicht aufgegeben werden, weil sie in der Lage sind, bürgerschaftliches Engagement zu mobilisieren.

Hier wollen wir gerne anerkennen, dass es kreative Ansätze im Haushalt gibt, bei denen sich der Landkreis darüber hinwegsetzt, nur „Schuldenverwalter“ und „Sparkommissar“ zu sein.

Aber es gibt auch schlechte Beispiele:

Wovor wir uns in unserer Situation hüten müssen ist, dass wir uns auf der kommunalen Ebene gegeneinander ausspielen lassen: - Kreis gegen Kommunen - Kommunen gegen Kreis - (natürlich auch vor Parteiengzänk, das oftmals den Hintergrund dafür bildet)...

...oder noch viel schlimmer, dass wir die Händel, die wir untereinander oder z.B. mit dem Land haben auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger austragen.

So geschehen bei den Kosten der Schülerbeförderung: Hier hätten wir ein Zeichen setzen können, durch Kostenfreistellung der Eltern, haben uns aber leiten lassen von dem scheinbaren Zwang, uns gegenüber dem Land in einer bestimmten vermeintlich „politisch-strategischen“ Weise „in Stellung bringen zu müssen“.

2. Teilhabe mit dem Ziel eines Bürgerhaushalts

Ebenso fatal ist es, Haushaltsdebatten erst gar nicht zu führen - und den Haushalt quasi als Herrschaftswissen zu betrachten. Die Prämisse „*Letztlich weiß natürlich die Verwaltung am besten Bescheid*“ hilft nicht immer.

Leider gab für die Erstellung dieses Haushaltsplanes zwar einen formal-demokratischen Ablauf aber keinen breiten Beteiligungsprozess, wie er angesichts der schwierigen Situation angemessenen gewesen wäre.

Die Haushalts- und Finanzausschussvorsitzende, Frau Kneppenber, hat gerade davon gesprochen, dass der Haushaltsplan „*gründlich beraten und diskutiert*“ worden sei. Das war – mit Verlaub - nun wirklich nicht der Fall.

Es gab nur eine sehr begrenzte Debatte im Haushalts- und Finanzausschuss und so gut wie keine Diskussion in den Fachausschüssen. Das hatten wohl die Abgeordneten auf der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschuss am 26. Januar 2009 selbst als Defizit gesehen, weshalb sie den Haushalt mehrheitlich noch nicht zur Auslegung empfahlen.

(Interessant ist übrigens, dass der Landrat auf dieser für „*seinen Haushalt*“ entscheidenden Sitzung nicht anwesend war.)

Das Verfahren wurde dann mit einem Beschluss des Kreisausschusses abgekürzt, der sich mehrheitlich gegen das ablehnende Votum des Haushalts- und Finanzausschusses dem „*Zeitdruck*“-Argument beugte und den Haushaltsplan zur Auslegung empfahl. Zu diesem Zeitpunkt hatten pikanterweise noch nicht einmal alle Fraktionsvorsitzenden, geschweige denn alle Abgeordneten, einen Haushaltsplanentwurf.

Demgegenüber erinnere ich mich aus vergangenen Legislaturperioden an umfangreiche und wohlstrukturierte „*Fahrpläne*“, nach denen der Haushaltsplan in den Kreistagsausschüssen, aber auch mit den Kommunen und kommunalen Verbänden, ausführlich in einem schrittweisen Verfahren diskutiert wurde.

Zu dieser Streitkultur müssen wir unbedingt zurückfinden! Wir können sie nicht mit dem Hinweis auf das unverschuldete strukturelle Defizit – als ob es jegliche Diskussion „*sowieso sinnlos*“ mache – vom Tisch wischen.

Dass die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Verbänden, sozialen Gruppen usw. unzureichend war, ist ganz deutlich an den vorliegenden Einwendungen zu sehen. Ich muss dazu auf die die Einwendungen im Einzelnen gar nicht eingehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuss muss wieder zum Hauptakteur in der Debatte werden und einen langfristigen Beteiligungs-Fahrplan einfordern.

In der kommunalen Haushaltsdebatte sind das Wissen der Experten, der politische Gestaltungswille der Abgeordneten und die Erfahrung der Betroffenen gleichermaßen notwendige Ressourcen. Die gängige Vorstellung, „*die Bürgerinnen und Bürger verstehen's ja doch nicht und interessieren sich auch nicht dafür*“ kann nur zu einer sich selbst erfüllende Prophezeiung werden. Das Ergebnis dessen ist Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit.

Warum eigentlich trauen wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu, dass sie mitreden?

Wenn es uns nicht gelingt, quasi eine „*Flucht nach vorn*“ anzutreten und zumindest die Kommunen, die Verbände und die Vertreter sozialer Gruppen einzubeziehen und letztlich die Bürgerinnen und Bürger über die Kreisaufgaben zu informieren oder - mehr noch - von deren Dringlichkeit zu überzeugen, wird sich der bedauerlich schlechte Ruf der Kreisverwaltung und des Kreistages weiter festigen!

Politikverdrossenheit entsteht da, wo die Frage "*Wo bleibt unser Geld?*" nicht beantwortet werden kann. Im Umkehrschluss heißt das, dass wir durch Transparenz in Haushaltsfragen auch wieder mehr Vertrauen in die Politik gewinnen könnten.

Ich glaube, dass die Bürgerinnen und Bürger ein Anrecht darauf haben, zu erfahren, was mit Ihrem Steuergeldern passiert.

Und ich glaube zweitens, dass mündige Demokratie Bürgerbeteiligung voraussetzt.

Wie also sollen wir das tun?

- 1) Im Zeitalter des Internets ist es grundsätzlich **möglich**, den Haushaltsplan nicht nur formal auszulegen sondern auch online zu stellen. Nun werden Sie sagen: „*Ja, wenn ihn schon die Abgeordneten nicht verstehen*“ ... und ich entgegne Ihnen, dass wir schrittweise zu einem **lesbaren** Haushaltsplan kommen müssen!
- 2) Schrittweise heißt, zuerst müssen wir uns Gedanken darüber machen, wie zumindest die Eckdaten rechtzeitig veröffentlicht werden können. (Dass Eckdaten sich vom Grundsatz her grafisch aufbereiten lassen - und also auch online stellen lassen würden - hat Herr Schinkel dankenswerterweise in seiner Präsentation gezeigt.)
- 3) Über diesen ersten Schritt kommen wir zu einer Art Aufgabenkritik. Was sind Aufgaben des Kreises? Was sind Aufgaben der Kommunen? Wo brauchen wir eine Art Mischverwaltung? Welche weiteren Akteure gibt es bzw. welche weiteren Akteure müssen einbezogen werden?
- 4) Wie man diese Transparenz praktisch herstellt, und solche Fragen öffentlich diskutiert, dazu gibt es viele Erfahrungen auf ganz unterschiedlichen Ebenen (leider nur wenige davon in

Brandenburg, dafür mehr in Thüringen aber auch im Land Berlin). Schauen Sie mal ins Internet unter www.buergerhaushalt.org ...

- 5) Viele Städte und Gemeinden aber auch einzelne Landkreise haben gute Erfahrungen mit einem sogenannten Bürgerhaushalt sammeln können. Übrigens, die kommunale Gemeinschaftsstelle KGSt veranstaltet am 18. September in Köln eine Konferenz zum Thema Bürgerhaushalt, bei der Kommunen ihre Erfahrungen austauschen können. Ich halte es für sehr sinnvoll, wenn Vertreterinnen oder Vertreter unseres Landkreises dort dabei wären.

3. Nachhaltigkeit von Investitionen

Auf entsprechende Anfrage im Bauausschuss wurde mitgeteilt, dass die energetische Sanierung der Strausberger kreislichen Liegenschaft aus Kostengründen nur Mindestanforderungen erfüllt. Dies scheint mir exemplarisch zu sein. (Eine Ähnliche Antwort erhielt unsere Fraktion bereits bei der Neubauplanung des Kreishauses in Seelow.)

Deshalb sagen wir ganz deutlich: Bei der Erstellung von zukünftigen Haushaltsplänen muss in viel stärkerem Maße eine Überprüfung der Nachhaltigkeit unserer Investitionen erfolgen!

Das gilt natürlich schon jetzt bei der Verteilung der Mittel des sogenannten Konjunkturpaketes und ich höre sehr aufmerksam, wenn Herr Schinkel davon spricht, dass die energetische Sanierung z.B. von Schulen dabei im Vordergrund stehen soll.

In Zeiten von Klimawandel, Globalisierung und Finanzkrise:

- 1) müssen wir volkswirtschaftlichen Folgekosten im Blick haben
- 2) müssen wir uns die veränderlichen Bedingungen deutlich vor Augen halten, wie z.B. den
 - demografischen Wandel oder
 - überproportional steigende Energiekosten.

Manche Kosten/Nutzen- Rechnungen lassen sich in der Zukunftsprojektion nur schwer rein finanziell bewerten. Deshalb kommt es vor, dass am falschen Ende gespart wird, etwa im Bildungsbereich oder bei vorbeugenden Maßnahmen im Jugendsozialbereich. Kurzsichtigkeit hier, wird uns in der Zukunft Probleme mit doppelter Schwere bereiten.

Um die Prämissen meiner Fraktion für die künftige Haushaltsplanung unseres Kreises noch einmal zusammenzufassen:

- 1) Die strukturelle Natur unseres Finanzdefizits dürfen wir nicht zum Vorwand nehmen, um Kommunen und Kreis gegeneinander auszuspielen, oder Streit auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger auszutragen
- 2) Wir fordern mehr Transparenz und Beteiligungskultur bei der Haushalt Erarbeitung mit dem langfristigen Ziel eines Bürgerhaushalts
- 3) Wir fordern dazu auf, strikt auf Nachhaltigkeit bei Investitionen zu achten.